

Beschluss Grosser Gemeinderat

2013-38 Interpellation der BDP-Fraktion betr. "Gemeindefusionen" (2013/03); Beantwortung

Traktandum 10, Sitzung 2 vom 22. März 2013

Registratur

10.061.003 Interpellationen

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. Januar 2013 reichte die BDP-Fraktion eine Interpellation mit dem Titel „Gemeindefusionen“ (2013/03) ein.

Wortlaut Interpellation

"Wir reichen Ihnen zuhanden des Grossen Gemeinderates von Steffisburg die folgende Interpellation ein: Im Kanton Bern könnten Gemeinden künftig unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Fusion gezwungen werden. Die Verfassungsänderung und die entsprechende Gesetzesänderung wurden von den Stimmberechtigten im Kanton Bern am 23. September 2012 angenommen. In den vergangenen Tagen sind Artikel in den Medien erschienen, die dieses Thema behandelt haben. Dabei wurde auch der Gemeindepräsident Jürg Marti zitiert. Um eine offizielle Meinung des Gemeinderates zu erhalten, bitten wir um Antwort auf folgende Fragen:

- 1. Beabsichtigt die Gemeinde Steffisburg offiziell Fusionsgespräche mit umliegenden Gemeinden aufzunehmen?*
- 2. Wurde die Gemeinde Steffisburg von umliegenden Gemeinden zu Fusionsgesprächen eingeladen?*
- 3. Wie steht der Gemeinderat von Steffisburg generell Gemeindefusionen gegenüber?"*

Der Gemeinderat hat die Interpellation am 28. Januar 2013 der Abteilung Präsidiales zur Stellungnahme zugewiesen.

Stellungnahme Gemeinderat

Generelle Bemerkungen

Gemeindefusionen sollten wenn immer möglich freiwillig erfolgen. Sie müssen aus den betroffenen Gemeinden selbst kommen, sollen wachsen und reifen und von einer überzeugten Bevölkerung getragen werden. Werden Fusionen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg verordnet, können Identität, Zusammengehörigkeit und Solidarität leiden. Wichtig ist dem Gemeinderat festzuhalten, dass sich Steffisburg gegenüber konkreten Fusionsanfragen von Nachbargemeinden nicht verschliesst und gesprächsbereit ist. Eine allfällige Fusion muss jedoch von den interessierten Gemeinden selber angestrebt sowie initiiert werden und die bisherigen Abklärungen zum Beispiel aus dem Projekt „Zukunft Zulgtal“ berücksichtigen.

Beantwortung der Fragen

Frage 1: Beabsichtigt die Gemeinde Steffisburg offiziell Fusionsgespräche mit umliegenden Gemeinden aufzunehmen?

Nein.

Frage 2: Wurde die Gemeinde Steffisburg von umliegenden Gemeinden zu Fusionsgesprächen eingeladen?

Nein. Steffisburg war im Projekt "Zukunft Zulgtal" nicht involviert. Die Initiative zu diesem Projekt ist von den Zulgtal-Gemeinden ausgegangen. Konkrete Fusionsgespräche wurden nicht geführt. Der gegenseitige, regelmässige Austausch basierte damals auf rein informeller Basis, indem die Gemeinden Fahrni und Schwendibach im Rahmen einer möglichen Variante auch den Anschluss an die Gemeinde Steffisburg prüften, diesen aber schlussendlich nicht weiterverfolgten.

Frage 3: Wie steht der Gemeinderat von Steffisburg generell Gemeindefusionen gegenüber?

Der Gemeinderat respektiert und akzeptiert die Bedürfnisse und Entscheide der betroffenen Bevölkerung, welche zum Beispiel im Ostamt im Rahmen des Projektes "Zukunft Zulgatal" bereits über Fusionsabklärungen befunden und abgestimmt hat. Er steht Gemeindefusionen von und mit umliegenden Gemeinden grundsätzlich offen gegenüber, wobei im Einzelfall jeweils vertiefte Detailabklärungen (Struktur, Organisation, Steuersatz, finanzielle Auswirkungen etc.) erfolgen müssten. Während kleinere Gemeinden zunehmend Schwierigkeiten haben Behördensitze und Kaderstellen besetzen zu können, verschiedene Schulstandorte gefährdet sind und teilweise Aufgaben ausgelagert haben, haben finanziell und infrastrukturell gut dotierte mittelgrosse und grössere Gemeinden wie Steffisburg weniger ein Bedürfnis nach einem Zusammenschluss. Grössere Gemeinden sind heute in der Regel finanziell und personell gut aufgestellt und verfügen über das erforderliche Fachpersonal, welches die Aufgaben professionell und effizient erledigen können. Wie bereits erwähnt, wird Steffisburg nicht von sich aus aktiv, das heisst, der erste Schritt müsste von interessierten Gemeinden ausgehen.

Steffisburg pflegt heute mit vielen Gemeinden in verschiedenen Bereichen eine enge Zusammenarbeit. Der Gemeinderat war und ist immer wieder bereit, Dienstleistungen für Regionsgemeinden (vor allem gegenüber den Ostamt-Gemeinden) auf vertraglicher Basis zu erbringen. Als grösste Agglomerationsgemeinde im Verwaltungskreis Thun kann es jedoch nicht Aufgabe von Steffisburg sein, Fusionen aktiv anzugehen und damit Nachbargemeinden zu brüskieren. Die Zusammenarbeit auf vertraglicher Basis hat sich bewährt und ist als "Alternative" zu Gemeindefusionen sinnvoll.

Erklärung Interpellant

1. Die Vertreterin der BDP-Fraktion, Yvonne Weber, erklärt sich von der Antwort zur Interpellation betr. "Gemeindefusionen" (2013/03) als befriedigt.
2. Eröffnung an:
 - Jürg Marti, Gemeindepräsident
 - Rolf Zeller, Gemeindegeschreiber
 - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.003)

Für die Richtigkeit

Grosser Gemeinderat Steffisburg
Gemeindegeschreiber

Rolf Zeller

Steffisburg, 07. Mai 2013